

Stadtverordnetenversammlung

Beim Gendern wird es emotional

Von Jens Gehrke

BREMERHAVEN. Die SPD/CDU/FDP-Koalition ist zwar beim Verbot des Genderns zurückgerudert. Dennoch kochte das Thema in der Stadtverordnetenversammlung noch einmal hoch – fast eine Stunde wurde diskutiert, garniert mit zahlreichen Zwischenrufen. Auslöser war ein Antrag der Grünen. Was hatte es jüngst für einen Krach gegeben, als bekannt wurde, dass SPD, CDU und FDP den Magistrat zwingen wollten, in Verwaltungsvorlagen aufs Gendern zu verzichten. Die Empörung kochte nicht nur bei den Grünen hoch, es gab auch bundesweit Kritik. Nun nutzte die Grünen/PP-Fraktionsvorsitzende Doris Hoch (Grüne) noch einmal den Rahmen der Stadtverordnetenversammlung, um der Koalition deutlich zu machen, dass sie mit ihrem Vorstoß kräftig daneben gelegen habe. Die Koalition habe den Magistrat erpressen wollen, kritisierte Hoch.

„Nicht die Realität leugnen“

„Man kann gendersensible Sprache persönlich ablehnen, aber man kann nicht die Realität leugnen, dass es neben Männern nun mal auch Frauen und Menschen anderer Geschlechter gibt“, so Hoch: „Das hat auch das Bundesverfassungsgericht 2017 anerkannt.“ In der Stadtverordnetenversammlung sorgte allerdings dieses Mal ein Antrag der Opposition für Ärger bei den Koalitionären. Unter dem Titel „Gender-Mainstreaming braucht ein gutes Wissensfundament“ setzten sich die Grünen für eine Fortbildung zum Thema für die gesamte Stadtverordnetenversammlung ein – dieser Vorstoß wurde von fast allen anderen Fraktionen als unerwünschte Nachhilfe aufgefasst.

„Die Grünen wollen uns mal wieder belehren“, ärgerte sich Günna Dertwinkel (CDU). Andererseits wurde in der folgenden Debatte durchaus deutlich, dass nicht allen klar war, was Gender-Mainstreaming bedeutet. Noch emotionaler wurde es, als Julia Tiedemann (RiW) jede genderns-

sible Sprache als bürgerfremd ablehnte und direkt mit Zettel und Stift auf die Stadtverordnete Julia Stephan-Tietze (BiW) zuing: „Ich kenne nur zwei Geschlechter. Wenn es mehr als zwei Geschlechter gibt, dann zeichnen Sie mir diese bitte mal auf.“

Vorwurf der Diskriminierung

Der Stadtverordnete Michael Labetzke (Grüne) warf Tiedemann vor, sich gegen Menschen zu richten, die sich nicht als männlich oder weiblich definieren oder anders leben. „Das ist Diskriminierung in Reinkultur. Da unterscheiden Sie sich nicht mehr von Thomas Jürgewitz und der AfD, von der wir nichts anderes gewohnt sind.“ Jan Timke (BiW) wies diesen Vorwurf eindringlich zurück und betonte, dass nicht jede Kritik gendersensibler Sprache mit dem perfiden Vorwurf der Diskriminierung gekontert werden dürfe. „Es schickt sich nicht, dass die Grünen hier mit dem erhobenen Zeigefinger umhergehen.“

Die Mehrheit lehnte den Antrag der Grünen zu einer Fortbildung zu dem Thema ab. „Ich habe geglaubt, dass ich in Debatten schon alles erlebt habe“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Sönke Allers – und dann habe ihn diese Sitzung eines Besseren belehrt. Im Übrigen dürfe die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau jederzeit Angebote an die Stadtverordnetenversammlung machen. (ger)